Landeshauptstadt Hannover -68- Datum 24.10.2019

Einladung

zur 27. Sitzung des Betriebsausschusses für Stadtentwässerung am Montag, 4. November 2019, 13.00 Uhr, Rathaus, Gobelinsaal

Tagesordnung:

II. Ö F F E N T L I C H E R T E I L

6. Einwohner*innenfragestunde gemäß § 36 der Geschäftsordnung des Rates

7. Genehmigung des Protokolls über die 26. Sitzung am 19.08.19 -Öffentlicher Teil-

8. Zwischenbericht der Stadtentwässerung I. Halbjahresbericht 2019 (Informationsdrucks. Nr. 2047/2019 mit 2 Anlagen)

9. Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN zur Eindämmung der Klimakrise als Aufgabe von höchster Priorität (Drucks. Nr. 1429/2019)

9.1. Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION zu Drucks. Nr. 1429/2019: Klimapolitik als ernstzunehmende kommunale Aufgabe (Drucks. Nr. 2535/2019)

9.2. Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zu Drucksache Nr. 1429/2019: Klimapolitik als kommunale Aufgabe (Drucks. Nr. 2469/2019)

9.3. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 1429/2019: Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN zur Eindämmung der Klimakrise als Aufgabe von höchster Priorität (Drucks. Nr. 2204/2019)

10. Sitzungsterminplan 2020

11. Bericht der Dezernentin/der Betriebsleitung

12. Anfragen an die Dezernentin/die Betriebsleitung

Der Oberbürgermeister
In Vertretung

Tegtmeyer-Dette



Anlage zur Einladung BA 68 am 04.11.2019.pdf

Betriebsausschuss für Stadtentwässerung

Anlage zu TOP 13 BA-Sitzung 04.11.2019

Sitzungsterminplan bis Ende 2020

(Wenn wegen fehlender TOP kein Termin zwingend ist, wird der geplante Termin 10 Tage vorher abgesagt!)

Monat	Sitzungstermin	Beginn	Ort	Bemerkungen
Januar	Mo 13.01.2020	13:00	Gobelinsaal	*Einwohnerfragestunde*
Februar	Mo 10.02.2020	13:00	Gobelinsaal	*Einwohnerfragestunde*
März	Mo 02.03.2020	13:00	Gobelinsaal	*Einwohnerfragestunde*
April	Mo 20.04.2020	13:00	Gobelinsaal	*Einwohnerfragestunde*
Mai	Mo 11.05.2020	13:00	Gobelinsaal	*Einwohnerfragestunde*
Juni	Mo 08.06.2020	13:00	Gobelinsaal	*Einwohnerfragestunde*
Juli	Mo 06.07.2020	13:00	Gobelinsaal	*Einwohnerfragestunde*
Ratsferien vom 13. Juli bis 28. August 2020				
September	Mo 07.09.2020	13:00	Gobelinsaal	*Einwohnerfragestunde*
September	Mo 28.09.2020	13:00	Gobelinsaal	*Einwohnerfragestunde*
November	Mo 09.11.2020	13:00	Gobelinsaal	*HH-Plan-Beratg., EW-Fstd.*
Dezember	Mo 07.12.2020	13:00	Gobelinsaal	*Einwohnerfragestunde*

Ferientermine 2020

	von	bis
Weihnachten	23.12.2019	06.01.2020
Winterferien	03.02.2020	04.02.2020
Ostern	30.03.2020	14.04.2020
Pfingsten	01.06.2020	02.06.2020
Sommer	16.07.2020	26.08.2020
Herbst	12.10.2020	23.10.2020
Weihnachten	23.12.2020	08.01.2021

Landeshauptstadt Hannover

Informationsdrucksache

In den Betriebsausschuss für Stadtentwässerung

Nr. 2047/2019
Anzahl der Anlagen 2
Zu TOP

Zwischenbericht der Stadtentwässerung I. Halbjahresbericht 2019

Die Berichterstattung der Betriebe der Landeshauptstadt Hannover wird einheitlich anhand eines von der Verwaltung entwickelten Musters vollzogen.

Dieser Halbjahresbericht erfüllt die in § 3 Abs. 2 der Eigenbetriebsverordnung vorgesehene halbjährliche Berichterstattung und unterscheidet die Instrumente Erfolgsplan (Anlage 1) und Vermögensplan (Anlage 2).

Berücksichtigung von Gender-Aspekten
Aussagen zur Geschlechtsdifferenzierung gemäß Beschluss des Rates vom 03.07.2003 (DS Nr. 1278/2003) sind im Falle dieser Drucksache nicht relevant und werden daher auch nicht näher ausgeführt.

Kostentabelle
Der Bericht stellt die wirtschaftliche Lage der Stadtentwässerung dar.

Darstellung der Ertragslage

Erfolgsplan / Gewinn- und Verlustrechnung im Überblick

Der 1. Halbjahresbericht 2019 prognostiziert einen Jahresgewinn in Höhe von 12,36 Mio. €. Das voraussichtliche Jahresergebnis unterschreitet damit das geplante Ergebnis um 0,76 Mio. € / 6,5%.

Die vereinbarte Eigenkapitalverzinsung kann aus dem prognostizierten Jahresgewinn ausgezahlt werden.

Die wesentlichen **Veränderungen gegenüber dem Plan** sind in der nachfolgenden Tabelle zusammengestellt:

Veränderung gegenüber dem Plan	Ergebnis-verschlechterung	Ergebnis-verbesserung
Anstieg Erlöse aus Straßenoberflächenent-wässerung		0,5 Mio. €
Verringerung des Personalaufwandes		0,4 Mio. €
Erhöhung des Aufwandes für Abschreibung	0,4 Mio. €	
Rückgang des sonstigen betrieblichen Aufwandes		0,2 Mio. €
Insgesamt: Ergebnisverbesserung	**0,7 Mio. €**	

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung im Einzelnen (vgl. Anlage 1)

Zu 1.A.1.1.1 Erlöse aus Schmutzwassergebühren

Die im 1. Halbjahr 2019 gebuchten Erlöse aus Schmutzwassergebühren liegen in der erwarteten Größenordnung. Aufgrund der Gebührenanpassung zum 01.01.2019 werden die Erlöse aus Schmutzwasserbeseitigung mit 68,4 Mio. € den nicht auskömmlichen Vorjahreswert (52,3 Mio. €) wie geplant deutlich übertreffen.

Zu 1.A.2.1 Erlöse aus Regenwassergebühr

Die gebührenrelevante Fläche liegt nach dem 2. Quartal 2019 bei 29,86 km² und damit sehr nah am kalkulierten Planansatz (29,80 km²). Eine Anpassung der Jahresprognose (20,3 Mio. €) ist nicht erforderlich.

Zu 1.B.2. Erlöse aus Straßenoberflächenentwässerung

Der Planwert für die Erlöse aus Straßenoberflächenentwässerung (13,0 Mio. €) setzt sich zusammen aus der Zielvereinbarung für den Stadtanteil (8,2 Mio. €) und dem Planansatz für die Unterhaltung der Straßenabläufe (4,8 Mio. €).
In der vorläufigen Betriebsabrechnung für 2018 zeigte sich der erhebliche Einfluss der Baupreise auf die kalkulatorischen Abschreibungen, denen der Wiederbeschaffungs-zeitwert der Anlagen zu Grunde liegt. Die Entwicklung des Baupreisindex‘ des statistischen Bundesamtes macht deutlich, dass sich der Kostenanstieg in 2019 fortsetzen wird. Da die kalkulatorische Abschreibung mit fast 40% ein wesentlicher Bestandteil der der Straßenoberflächenentwässerung zuzurechnenden Kosten ist, wird die Prognose gegenüber dem Plan um 500 T€ / 3,8% auf 13,5 Mio. € angehoben.

Zu 5. Personalaufwand

Die Reduzierung der Jahresprognose bei Löhnen und Gehältern um 0,4 Mio. € / -1,5% beruht darauf, dass im 1. Halbjahr nicht alle mit Personalkosten beplanten Stellen besetzt waren und dass darüber hinaus einige krankheitsbedingt ausgefallene Mitarbeiter*innen aus der Lohnfortzahlung herausgefallen sind. Derzeit laufen für eine Reihe von Stellen die Personalgewinnungsverfahren. Diese werden absehbar im 2. Halbjahr zu personalkostenwirksamen Stellenbesetzungen führen. Da aber auch interne Bewer-ber*innen zum Zuge kommen können, ist ggf. auch mit neuen Vakanzen zu rechnen. Der Personalkostenansatz 2019 wird sehr wahrscheinlich nicht ausgeschöpft werden.

Für die Position Soziale Abgaben und Aufwand für Altersversorgung bewegen sich die Auswirkungen aus den o.g. Aufwandsminderungen in der Größenordnung der Planungs- und Prognosegenauigkeit für die Rückstellungsentwicklungen für die Altersversorgungen. Deshalb erfolgt hier keine Korrektur der Jahresprognose.

Zu 6. Abschreibungen

Die Prognose für den Aufwand für Abschreibungen wird auf 29,0 Mio. € angehoben und überschreitet damit den Planansatz um ca. 0,4 Mio. € / 1,4%. Mit andauernder Investitionstätigkeit wird das im Jahresabschluss 2018 festgestellte erhöhte Niveau des Abschreibungsaufwandes (28,8 Mio. €) absehbar weiter steigen.

Zu 7.b. Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen

Der übrige sonstige betriebliche Aufwand liegt zum Ende des 2. Quartales unter Plan. Es gibt keine punktuellen Unterschreitungen, die hervorzuheben wären, vielmehr wurden die Planansätze in der Breite nicht vollständig ausgeschöpft. Indizien für Rückstände bzw. einen Abrechnungsnachlauf liegen nicht vor, so dass die Jahresprognose um 200 T€ / 2,5% gesenkt wird.

Darstellung der Vermögenslage

Erläuterungen zum Vermögensplan (Anlage 2)

Ausgaben des Vermögensplanes

Die Ausgaben der Vorhaben 1 bis 4 des Vermögensplanes bewegen sich zum Ende des 1. Halbjahres 2019 innerhalb des Plans.

Im Bereich Abwasserableitung wurden bis zum 30.06.2019 Kanalbaumaßnahmen in Höhe von 6,7 Mio. € ausgeführt und abgerechnet. Neben den bereits abgerechneten Maßnahmen bestehen offene Aufträge auf Namen und für Rechnung der Stadtentwässerung über 19,7 Mio. €.

Für die Erweiterung und Erneuerung von Anlagen zur Abwasserreinigung wurden im 1. Halbjahr 5,0 Mio. € verausgabt. Darüber hinaus bestehen offene Bestellungen in Höhe von 40,9 Mio. €.

Einnahmen des Vermögensplanes

Für Investitionen stehen in 2019 planmäßig insgesamt 127,1 Mio. € zur Verfügung (ohne Finanzbedarf) - davon 74,7 Mio. € aus dem W-Plan-Ansatz 2019. 52,4 Mio. € wurden als Reste aus Vorjahren übertragen, um bereits begonnene Baumaßnahmen weiterzuführen.

Die Finanzierung der übertragenen Reste aus Vorjahren ist durch noch nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigungen für 2018 und durch Mittel aus der Investitionsrücklage gewährleistet.

Die Finanzierung der Investitionen erfolgt grundsätzlich über Abschreibungen, Beiträge und Kostenersatz; erst wenn diese Einnahmen nicht ausreichen, werden Investitionsrücklagen oder Kredite in Anspruch genommen. Zum 30.06.2019 wurden 0,3 Mio. € aus der Investitionsrücklage beansprucht.

68.0
Hannover / 16.08.2019

Stadtentwässerung Hannover — **Halbjahresbericht per 30.06.2019 über die Entwicklung der Aufwendungen und Erträge in T EURO**

	Zeitraum Januar - Dezember					Bereinigte Quartalswerte Zeitraum Januar -Juni				
	Plan	Prognose	Abweichung absolut	Abweichung in %	Jahres-abschluss 2018	Plan	Ist	Abweichung absolut	Abweichung in %	Erläuterungen
	1	2	3	4	5	6a	7a	8a	9a	
1. Umsatzerlöse										
A. Erlöse aus Gebühren										
1. Erlöse aus Schmutzwasserbeseitigung										
1.1.1 Erlöse aus Schmutzwassergebühr	68.430	68.430	0	0,0%	52.264	34.215	34.215	0	0,0%	x
1.1.2 SW-Gebührenausgleichsverpflichtung	0	0	0	-%	0	0	0	0	-%	
1.2. Erlöse aus dezentraler Abwasserbeseitigung	80	80	0	0,0%	59	40	40	0	0,0%	
1.3 Erlöse aus sonstigen Gebühren	40	40	0	0,0%	22	20	20	0	0,0%	
1.4 Auflösung von empfangenen Zuschüssen	1.790	1.829	39	2,2%	1.796	895	915	20	2,2%	x
	70.340	**70.379**	**39**	**0,1%**	**54.140**	**35.170**	**35.190**	**20**	**0,1%**	
2. Erlöse aus Beseitigung von Regenwasser u. Sonstigem Wasser										
2.1.1 Erlöse aus Regenwassergebühr	20.260	20.260	0	0,0%	19.769	10.130	10.130	0	0,0%	x
davon RW-Gebühren lfd. Jahr	20.260	20.237	-23	-0,1%	20.367	10.130	10.119	-11	-0,1%	
RW-Gebühren für Vorjahre	0	23	23	-%	-598	0	11	11	-%	
2.1.2 RW-Gebührenausgleichsverpflichtung	1.200	1.200	0	0,0%	1.900	600	600	0	0,0%	
2.2 Erlöse aus Grundwasser und sonst. Wasser	2.000	2.000	0	0,0%	994	1.000	1.000	0	0,0%	
2.3 Auflösung von empfangenen Zuschüssen	1.500	1.519	19	1,3%	1.500	750	760	10	1,3%	x
	24.960	**24.979**	**19**	**0,1%**	**24.163**	**12.480**	**12.490**	**10**	**0,1%**	
3. Erlöse aus Abscheiderreinigung	**1.500**	**1.500**	**0**	**0,0%**	**1.385**	**750**	**750**	**0**	**0,0%**	
Summe Erlöse aus Gebühren	**96.800**	**96.858**	**58**	**0,1%**	**79.688**	**48.400**	**48.429**	**29**	**0,1%**	
B. Erlöse aus Betriebsleistungen										
1. Erlöse aus Schmutzwasserübernahme Umland	9.000	9.000	0	0,0%	7.986	4.500	4.500	0	0,0%	
2. Erlöse aus Straßenoberflächenentwässerung	13.000	13.500	500	3,8%	14.190	6.500	6.750	250	3,8%	x
3. Sonstige betriebliche Erlöse	300	300	0	0,0%	276	150	150	0	0,0%	
4. Kostenersatz	700	700	0	0,0%	857	350	350	0	0,0%	
5. Sonstige Erlöse (BilRUG)	300	300	0	0,0%	270	150	150	0	0,0%	
Summe Erlöse aus betrieblichen Leistungen	**23.300**	**23.800**	**500**	**2,1%**	**23.579**	**11.650**	**11.900**	**250**	**2,1%**	
UMSATZERLÖSE	**120.100**	**120.658**	**558**	**0,5%**	**103.267**	**60.050**	**60.329**	**279**	**0,5%**	
2. Andere Aktivierte Eigenleistungen	2.500	2.500	0	0,0%	2.324	1.250	1.250	0	0,0%	
3. Sonstige Betriebliche Erträge	1.000	1.000	0	0,0%	5.167	500	500	0	0,0%	
BETRIEBSLEISTUNG	**123.600**	**124.158**	**558**	**0,5%**	**110.758**	**61.800**	**62.079**	**279**	**0,5%**	
4. Materialaufwand										
A. für Roh, Hilfs-, Betriebsstoffe und bezogene Waren	9.800	9.800	0	0,0%	7.965	4.900	4.900	0	0,0%	
B. Aufwendungen für bezogene Leistungen	25.900	25.900	0	0,0%	24.509	12.950	12.950	0	0,0%	
	35.700	**35.700**	**0**	**0,0%**	**32.473**	**17.850**	**17.850**	**0**	**0,0%**	
5. Personalaufwand										
A. Löhne und Gehälter	26.400	26.000	-400	-1,5%	23.547	13.200	13.000	-200	-1,5%	x
B. Soziale Abgaben u. Aufw. f. Altersversorgung u. Unterstützg.	7.600	7.600	0	0,0%	7.997	3.800	3.800	0	0,0%	x
	34.000	**33.600**	**-400**	**-1,2%**	**31.544**	**17.000**	**16.800**	**-200**	**-1,2%**	
6. Abschreibungen	**28.600**	**29.000**	**400**	**1,4%**	**28.803**	**14.300**	**14.500**	**200**	**1,4%**	x
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen										
A. Abwasserabgabe	2.000	2.000	0	0,0%	1.762	1.000	1.000	0	0,0%	
B Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	8.200	8.000	-200	-2,4%	5.989	4.100	4.000	-100	-2,4%	x
	10.200	**10.000**	**-200**	**-2,0%**	**7.751**	**5.100**	**5.000**	**-100**	**-2,0%**	
BETRIEBSERGEBNIS	**15.100**	**15.858**	**758**	**5,0%**	**10.186**	**7.550**	**7.929**	**379**	**5,0%**	
8. Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	-%	12	0	0	0	-%	
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.100	3.100	0	0,0%	3.183	1.550	1.550	0	0,0%	
FINANZERGEBNIS	**-3.100**	**-3.100**	**0**	**0,0%**	**-3.171**	**-1.550**	**-1.550**	**0**	**0,0%**	
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	-%	0	0	0	0	-%	
ERGEBNIS NACH STEUERN	**12.000**	**12.759**	**759**	**6,3%**	**7.015**	**6.000**	**6.379**	**379**	**6,3%**	
11. Sonstige Steuern	400	400	0	0,0%	326	200	200	0	0,0%	
JAHRESGEWINN / JAHRESVERLUST	**11.600**	**12.359**	**759**	**6,5%**	**6.690**	**5.800**	**6.179**	**379**	**6,5%**	x
Gewinn-/Verlustvortrag gemäß JA Vorjahr	*6.000*	6.000	0	0,0%	10.700					
ERGEBNIS incl ÜBERTRAG aus Vorjahr	**17.600**	**18.359**	**759**	**4,3%**	**17.390**					
Eigenkapitalverzinsung an allg. Haushalt	5.613	5.613	0	0,0%	5.613					
Zuführung in die allgemeine Rücklage	4.000	4.000	0	0,0%	5.535					
ausschüttungsgesperrte Zuführung in die Rücklagen	0	0	0	-%	242					
GESAMTERGEBNIS	**7.987**	**8.746**	**759**	**9,5%**	**6.000**					

Stadtentwässerung Hannover | **Halbjahresbericht per 30.06.2019 zur Abwicklung des Vermögensplanes**

Ausgaben des Vermögensplanes lfd. # Vorhaben g. D.	Ausgaben des laufenden Jahres gemäß Ansatz im Wirtschaftsplan in EURO Ansatz Wirtschaftsplan lfd. Jahr	Reste aus Vorjahren	mögliche Ausgaben nach Wirtschaftsplan	bezahlte Rechnungen	erteilte Aufträge auf den Ansatz des lfd. Jahres	Abweichung vom Planansatz	Erläuterung	Deckung von Abweichungen Veränderung aus ggs. Deckungsfähigkeit	Deckung aus Regelung § 13 (4) EigBetrVO	Verpflichtungsermächtigungen Ansatz gemäß Wirtschaftsplan	erteilte Aufträge auf Ansatz 2020
1 Abwasserableitung											
1.01 Erweiterung der Entwässerungsanlage	6.875.000	3.369.278	10.244.278	2.408.945	6.610.854	**-1.224.479**		0	0	0	0
1.03 Neubau von Entwässerungsanlagen	17.190.000	11.456.925	28.646.925	4.268.135	12.844.625	**-11.534.165**		0	0	360.000	0
1.04 Kanalnetzsteuerung	0	63.164	63.164	0	63.164	**0**		0	0	0	0
1.07 Straßenabläufe	0	2.170	2.170	0	2.170	**0**		0	0	0	0
1.08 Ausbau von Gewässern	625.000	215.268	840.268	43.624	211.582	**-585.061**		0	0	0	0
Gesamt:	**24.690.000**	**15.106.805**	**39.796.805**	**6.720.704**	**19.732.396**	**-13.343.705**	**x**	**0**	**0**	**360.000**	**0**
2 Abwasserreinigung											
2.03 Erweiterung Blockheizkraftwerk GW	0	16.247	16.247	921	15.326	**0**		0	0	0	0
2.04 Erweiterung Abwasserreinigungsanlagen	2.100.000	1.728.400	3.828.400	930.069	884.115	**-2.014.216**		0	0	0	0
2.05 Neubau / Ersatzinvestitionen Abw.reinigung	36.320.000	31.030.877	67.350.877	4.088.935	40.032.804	**-23.229.137**		0	0	1.900.000	0
Gesamt:	**38.420.000**	**32.775.524**	**71.195.524**	**5.019.925**	**40.932.245**	**-25.243.354**	**x**	**0**	**0**	**1.900.000**	**0**
3 Betriebsbauten											
3.02 Übriger Hochbau	4.500.000	1.294.876	5.794.876	334.442	3.643.311	**-1.817.122**			0	280.000	0
3.03 Öffentliche Bedürfnisanstalten	170.000	325.216	495.216	0	216.317	**-278.899**			0	0	0
Gesamt:	**4.670.000**	**1.620.092**	**6.290.092**	**334.442**	**3.859.629**	**-2.096.021**		**0**	**0**	**280.000**	**0**
4 Fahrzeuge/Maschinen/Einrichtungen											
4.01 Fahrzeuge	3.130.000	2.629.900	5.759.900	398.344	1.648.150	**-3.713.406**		0	0	0	0
4.02 Maschinen und Geräte	1.715.000	198.476	1.913.476	261.636	230.781	**-1.421.060**		0	0	0	0
4.03 Hard- und Software	1.730.000	112.546	1.842.546	71.134	230.020	**-1.541.392**		0	0	0	0
4.04 Einrichtungsgegenstände	345.000	3.498	348.498	35.567	31.000	**-281.931**		0	0	0	0
Gesamt:	**6.920.000**	**2.944.421**	**9.864.421**	**766.681**	**2.139.951**	**-6.957.789**		**0**	**0**	**0**	**0**
5 Sonstiger Finanzierungsbedarf											
5.01 Tilgung von Krediten	7.400.000	0	7.400.000	3.417.900	3.083.245	**-898.855**					
Gesamt	**7.400.000**	**0**	**7.400.000**	**3.417.900**	**3.083.245**	**-898.855**					
6 Investitionsrücklage											
6.01 Aufbau Investitionsrücklage	0	0	0	0	0	**0**					
Gesamt	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**					
Ausgaben insgesamt:	**82.100.000**	**52.446.842**	**134.546.842**	**16.259.652**	**69.747.466**	**-48.539.724**	**x**	**0**	**0**	**2.540.000**	

Ermittlung der Finanzierung	Ansatz Wirtschaftsplan	Reste aus Vorjahren	Finanzierung gem. Wirtschaftsplan	realisierte Einnahmen	Abweichung vom Planansatz		Mehreinnahmen zur Deckung von Ausgaben nach Sonderregelung gem.
7 Einnahmen des Vermögensplanes							
7.01 Beiträge	1.400.000	0	1.400.000	218.583	**-1.181.417**		
7.02 Kostenersatz	3.000.000	0	3.000.000	1.237.613	**-1.762.387**		
7.03 Abschreibungen	28.600.000	0	28.600.000	14.500.000	**-14.100.000**	**x**	
Zwischensumme Eigenmittel	**33.000.000**	**0**	**33.000.000**	**15.956.196**	**-17.043.804**		
8 Investitionsrücklage							
8.01 Entnahme aus Rücklage	0	11.976.842	11.976.842	303.456	**-11.673.386**	**x**	
Zwischensumme Investitionsrücklage	**0**	**11.976.842**	**11.976.842**	**303.456**	**-11.673.386**		
9 Kreditaufnahme	**49.100.000**	**40.470.000**	**89.570.000**	**0**	**-89.570.000**		
Einnahmen insgesamt:	**82.100.000**	**52.446.842**	**134.546.842**	**16.259.652**	**-118.287.190**	**x**	**0**
Plausibilität:	Plan ausgeglichen		Ansatz ausgeglichen	Ausgaben ausgeglichen			Zusatzfinanzierung ok

Anlage 2 zur Informationsdrucksache / 2019

DIE LINKE. PIRATEN
Gruppe im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Schmiedestraße 39
30159 Hannover

Bruno Adam Wolf
stellv. Gruppenvorsitzender

☎ 0511 - 168 326 00
0511 - 168 326 08

linke.piraten@hannover-rat.de

2019-05-21

In
- den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
- den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
- den Schul- und Bildungsausschuss
- Jugendhilfeausschuss
- den Ausschuss für Integration, Europa und internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
- Kulturausschuss
- den Ausschuss für Angelegenheiten des Geschäftsbereichs des Oberbürgermeisters
- den Sportausschuss
- den Organisations- und Personalausschuss
- die Betriebsausschüsse für
  a) Städtische Häfen
  b) Hannover Congress Centrum
  c) Stadtentwässerung
- den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten
- den Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung
- den Verwaltungsausschuss
- die Ratsversammlung

Geschäftsbereich Oberbürgermeister
21. Mai 2019
20.35

Antrag

gemäß §§ 10 und 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

EINDÄMMUNG DER KLIMAKRISE ALS AUFGABE VON HÖCHSTER PRIORITÄT

zu beschließen:

1. Der Rat erklärt den Klimanotstand* und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.

2. Der Rat begrüßt ausdrücklich das Engagement der „Friday-for-Future"-Bewegung und aller anderen Menschen und Initiativen, die sich in Hannover, Europa und der Welt für Klimaschutz einsetzen.

3. Der Rat fordert die Verwaltung der Landeshauptstadt Hannover auf, künftig bei jeglichen Entscheidungen die Auswirkungen auf das Klima zu berücksichtigen und bevorzugt Lösungen zu suchen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. Hierzu wird künftig für Beschlussvorlagen der Verwaltung eine Rubrik „Auswirkungen auf den Klimaschutz" verpflichtender Bestandteil.

4. Der Rat fordert die Verwaltung auf, bei allen Institutionen und Organisationen, in denen die Landeshauptstadt Hannover Mitglied ist, darauf hinzuwirken, dass diese sich ebenfalls verstärkt für die Eindämmung der Klimakrise engagieren. Über die Ergebnisse ist dem Rat jährlich zu berichten.

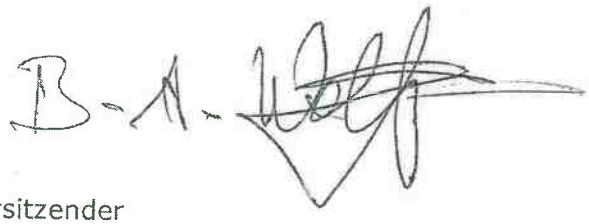
5. Der Rat fordert die städtischen Betriebe sowie Unternehmen mit städtischer Beteiligung auf, sich verstärkt mit ihren Möglichkeiten im Klimaschutz auseinanderzusetzen.

Begründung: (siehe nächste Seite)

Eine der größten Bedrohungen des 21. Jahrhunderts ist der von Menschen verursachte Klimawandel. Die von der „Fridays-for-Future"-Bewegung angeregte Ausrufung des Klimanotstands soll dazu dienen, „alle Kräfte aus Politik und Bevölkerung zu bündeln, um gemeinsam sofortige und entschlossene Anstrengungen zum Klimaschutz zu leisten".

Der Klimawandel ist nicht nur eine ökologische Frage, sondern hat unmittelbare Auswirkungen auf die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten, in Hannover wie überall auf der Welt. In unserer Kommune haben wir die Möglichkeit, durch bewusste Steuerung die ökologischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Belange klug miteinander zu verzahnen.

Bei allen Handlungen und Beschlüssen der Landeshauptstadt Hannover müssen künftig stets auch die Auswirkungen auf das Klima berücksichtigt werden. Ziel muss sein, bei allen Maßnahmen negative Auswirkungen auf das Klima zu vermeiden bzw. so gering wie möglich zu halten, bzw. Maßnahmen mit höherer Klimafreundlichkeit zu fördern. Dieser Grundsatz muss auch auf die städtischen Betriebe bzw. Beteiligungen übertragen werden, um das Ziel einer klimaneutralen Landeshauptstadt besser erreichen zu können.



Bruno Adam Wolf
stellv. Gruppenvorsitzender

** Der Begriff „Klimanotstand" ist symbolisch zu verstehen und soll keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmaßnahmen sein.*

Die FRAKTION HANNOVER

Hannover, 01.10.2019

An die
Oberbürgermeisterin Sabine Tegtmeyer-Dette
Trammplatz 2
30159 Hannover

In den Jugendhilfeausschuss
In den Betriebsausschuss für Stadtentwässerung
In den Ausschuss für Integration Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Sportausschuss
In den Ausschuss für Arbeitsmarkt- Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten
In den Ausschuss für Haushalt Finanzen und Rechnungsprüfung
In den Ausschuss für Angelegenheiten des Geschäftsbereiches des Oberbürgermeisters
In den Betriebsausschuss Städtische Häfen
In den Betriebsausschuss für Hannover Congress Centrum
In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Schul- und Bildungsausschuss
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

Änderungsantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zum Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP (Drucksache Nr. 1429/2019: Klimapolitik als kommunale Aufgabe)

Klimapolitik als ernstzunehmende kommunale Aufgabe

Antrag zu beschließen:

Der Antrag wird wie folgt geändert:

1. Der Rat der Landeshauptstadt Hannover erkennt die Eindämmung der weltweiten Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als kommunale Aufgabe von **höchster** ~~hoher~~ Priorität an. Der Rat **gibt** ~~erkennt~~ damit zugleich **zu** ~~an~~, dass die bisherigen kommunalen Anstrengungen im Bereich Klimaschutz und Energiewende **bei weitem nicht ausreichend** ~~zwar bereits erfolgreich~~ sind und **nicht genug** Wirkung zeigen, **und daher** ~~aber~~ zur Erreichung des 1,5 Grad-Ziels des Pariser Abkommens noch erheblich verstärkt werden müssen.

2. Die Landeshauptstadt Hannover wird daher die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei ~~jeglichen davon betroffenen~~ **allen** Entscheidungen **als vorrangigen Faktor** berücksichtigen.

Die FRAKTION
Wagenerstr. 9 A
30169 Hannover

0511 168-318 32
die.fraktion@hannover-rat.de
www.diefraktion-hannover.de

3. Darüber hinaus setzt der Rat der Landeshauptstadt folgende Zielvorgaben für eine dezernatsübergreifende Bearbeitung
    - eine deutliche Beschleunigung der im „Masterplan Stadt und Region Hannover / 100 % für den Klimaschutz (DS-Nr. 0613/2014) eingeleiteten Schritte gehören um die dort beschlossenen Klimaziele statt bis 2050 ~~möglichst~~ bereits bis 2035 zu erreichen,
    - der Erhalt der Eilenriede und der anderen städtischen Wälder und die mittel- bis langfristige Aufforstung **wurde und wird nie in Frage gestellt**,
    - eine Stärkung**, d.h. signifikante Erhöhung der Haushaltsmittel,** der bereits bestehenden Klimaschutzaktivitäten von proKlima und der Klimaschutzagentur, vor allem in den Bereichen Energiesparberatung, der Modernisierung der Gebäudehülle und der Solarstromerzeugung.

4. Die Energie- und CO2-Bilanz für die Landeshauptstadt Hannover (aktuell DS-Nr. 0658/2019) wird von der Verwaltung zeitgleich zu den Berichten laut landes- und bundesrechtlichen Regelungen vorgelegt, mindestens aber alle drei Jahre.

5. Der Rat der Landeshauptstadt fordert die städtischen Betriebe sowie Unternehmen mit städtischer Beteiligung auf, sich verstärkt mit ihren Möglichkeiten im Klimaschutz auseinanderzusetzen**, Ziele zu definieren und regelmäßig über Planungsstand und Umsetzungsfortschritt zu berichten**. Bei allen Institutionen und Organisationen, in denen die Landeshauptstadt Hannover Mitglied ist, soll die Verwaltung zudem **Vorgaben entwickeln und aufsetzen** ~~darauf hinwirken~~, **so**dass sich diese **dadurch** ebenfalls verstärkt für die Eindämmung der Klimakrise engagieren.

Begründung:

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover begrüßt ausdrücklich das Engagement der „Friday-for-Future“-Bewegung und aller anderen Menschen und Initiativen, die sich in Hannover, Europa und der Welt für Klimaschutz einsetzen. Die vom Menschen verursachte Klimakrise wird zur Klimakatastrophe, wenn der Ausstoß von Treibhausgasen nicht drastisch reduziert wird. Schon heute nehmen weltweit extreme Wetterereignisse wie Stürme, Hitze und Dürren stark zu. Um das von der Klimaschutzkonferenz von Paris formulierte 1,5 Grad Ziel zu erreichen, müssen weltweit – auch in der Landeshauptstadt Hannover – die Anstrengungen **durch konkrete Zielformulierungen** für den Klimaschutz noch erheblich verstärkt werden, **denn nur dadurch ist eine korrekte Evaluierung sicherzustellen**.

Julian Klippert
Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Bündnis 90/Die Grünen – Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
FDP-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover



In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Schul- und Bildungsausschuss
In den Jugendhilfeausschuss
In den Ausschuss für Integration, Europa und internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Kulturausschuss
In den Sportausschuss
In den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten,
In den Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung
In den Organisations- und Personalausschuss
In den Gleichstellungsausschuss
In den Ausschuss für Angelegenheiten des Geschäftsbereichs des Oberbürgermeisters
In den Betriebsausschuss für Städtische Häfen
In den Betriebsausschuss Hannover Congress Centrum
In den Betriebsausschuss für Stadtentwässerung
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

12.09.2019

Änderungsantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zur Drucksache Nr. 1429/2019
Klimapolitik als kommunale Aufgabe

zu beschließen:

1. Der Rat der Landeshauptstadt Hannover erkennt die Eindämmung der weltweiten Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als kommunale Aufgabe von hoher Priorität an. Der Rat erkennt damit zugleich an, dass die bisherigen kommunalen Anstrengungen im Bereich Klimaschutz und Energiewende zwar bereits erfolgreich sind und Wirkung zeigen, aber zur Erreichung des 1,5 Grad-Ziels des Pariser Abkommens noch erheblich verstärkt werden müssen.

2. Die Landeshauptstadt Hannover wird daher die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigen.

3. Darüber hinaus setzt der Rat der Landeshauptstadt folgende Zielvorgaben für eine dezernatsübergreifende Bearbeitung

   - eine deutliche Beschleunigung der im „Masterplan Stadt und Region Hannover / 100 % für den Klimaschutz (DS-Nr. 0613/2014) eingeleiteten Schritte gehören um die dort beschlossenen Klimaziele statt bis 2050 möglichst bereits bis 2035 zu erreichen,

- der Erhalt der Eilenriede und der anderen städtischen Wälder und die mittel- bis langfristige Aufforstung.
- eine Stärkung der bereits bestehenden Klimaschutzaktivitäten von proKlima und der Klimaschutzagentur, vor allem in den Bereichen Energiesparberatung, der Modernisierung der Gebäudehülle und der Solarstromerzeugung.

4. Die Energie- und CO2-Bilanz für die Landeshauptstadt Hannover (aktuell DS-Nr. 0658/2019) wird von der Verwaltung zeitgleich zu den Berichten laut landes- und bundesrechtlichen Regelungen vorgelegt, mindestens aber alle drei Jahre.

5. Der Rat der Landeshauptstadt fordert die städtischen Betriebe sowie Unternehmen mit städtischer Beteiligung auf, sich verstärkt mit ihren Möglichkeiten im Klimaschutz auseinanderzusetzen. Bei allen Institutionen und Organisationen, in denen die Landeshauptstadt Hannover Mitglied ist, soll die Verwaltung zudem darauf hinwirken, dass sich diese ebenfalls verstärkt für die Eindämmung der Klimakrise engagieren

Begründung:

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover begrüßt ausdrücklich das Engagement der „Friday-for-Future"-Bewegung und aller anderen Menschen und Initiativen, die sich in Hannover, Europa und der Welt für Klimaschutz einsetzen. Die vom Menschen verursachte Klimakrise wird zur Klimakatastrophe, wenn der Ausstoß von Treibhausgasen nicht drastisch reduziert wird. Schon heute nehmen weltweit extreme Wetterereignisse wie Stürme, Hitze und Dürren stark zu. Um das von der Klimaschutzkonferenz von Paris formulierte 1,5 Grad Ziel zu erreichen, müssen weltweit – auch in der Landeshauptstadt Hannover – die Anstrengungen für den Klimaschutz noch erheblich verstärkt werden.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Dr. Freya Markowis
Fraktionsvorsitzende

Wilfried H. Engelke
Fraktionsvorsitzender

An alle Ausschüsse
An alle Betriebsausschüsse
In die Ratsversammlung

Geschäftsbereich Oberbürgermeister
28. Aug. 2019
13:15h
1860

CDU RATSFRAKTION HANNOVER

28. August 2019

Änderungsantrag gemäß der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zu Drucks. Nr. 1429/2019 (Eindämmung der Klimakrise als Aufgabe von höchster Priorität)

Antrag zu beschließen:

Der Antragstext wird durch folgenden Text ersetzt:

1. Der Rat der Landeshauptstadt Hannover bekennt sich uneingeschränkt zum Pariser Klimaschutzabkommen.
2. Der Rat der Landeshauptstadt Hannover stellt kritisch fest, dass zentrale gesteckte Klimaschutzziele nicht erreicht werden. Aus diesem Grund muss sich auch die Landeshauptstadt Hannover vermehrt ihrer Verantwortung stellen.
3. Der Rat der Landeshauptstadt Hannover begrüßt ausdrücklich das gesellschaftliche Engagement zu den Themen Nachhaltigkeit, Umwelt- und Klimaschutz. Neben dem fortwährenden Engagement der Natur- und Umweltverbände ist auch die Bewegung „Fridays for Future“ positiv hervorzuheben. Die Vorstellungen und Forderungen der unterschiedlichen Akteure werden ernstgenommen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat der Landeshauptstadt Hannover Vorschläge zu unterbreiten, inwieweit ein beratendes Gremium eingerichtet werden kann. Das Gremium soll sich mit den Themen Nachhaltigkeit, Umwelt- und Klimaschutz befassen und den zuständigen Ratsgremien Vorschläge unterbreiten. Auf diese Weise sollen verschiedene Maßnahmenvorstellungen transparent im direkten Austausch diskutiert und gebündelt werden. Im Gremium sollen neben einschlägigen Fachleuten und Wissenschaftlern auch Schüler, Studenten, Natur- und Umweltverbände sowie weitere zivilgesellschaftliche Organisationen und Wirtschaftsverbände vertreten sein.

Begründung:

Die Bekämpfung der anthropogenen globalen Erwärmung ist eine Hauptaufgabe unserer Zeit. Klimaschutz ist sowohl eine globale als auch eine kommunale Aufgabe. Es gibt in Hannover zurzeit diverse Programme, Konzepte und sogar einen „Masterplan 100 % für den Klimaschutz“. Inhaltlich sind diese an vielen Stellen unzureichend, aus Sicht der CDU-Ratsfraktion muss auch die Landeshauptstadt Hannover einen größeren Beitrag zum Schutz unserer Lebensgrundlage leisten.

Fraktion der Christlich-Demokratischen Union im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Vorsitzender Jens Seidel
Osterstraße 60 Telefon (0511) 168-4 55 28 e-mail: cdu@hannover-stadt.de
30159 Hannover Telefax (0511) 168-4 50 51 internet: www.cdu-hannover.de

Dies ist aber nicht durch reine Symbolpolitik zu erreichen. Die Ausrufung eines „Klimanotstands“ ist daher abzulehnen. Es soll für einen symbolischen Akt der rechtliche Begriff des Notstands verwendet werden. Verbale Panikmache ist in der Diskussion kontraproduktiv: Politik muss sich auch sprachlich um Glaubwürdigkeit bemühen. Umweltschutz ist keine Frage von unbeholfenem Aktionismus und Populismus. Umweltschutz ist eine Frage von konkreten Handlungen.
Bei der Einführung einer Rubrik „Auswirkungen auf den Klimaschutz“ bei Verwaltungsvorlagen der Verwaltung ist zu befürchten, dass dies zu einer Leerformel wird. Bei thematisch einschlägigen Vorlagen, ist die entsprechende Berücksichtigung selbstverständlich vorzunehmen.
Allerdings dürfen auch Klimaschutzmaßnahmen nicht singulär betrachtet werden, sondern es müssen auch andere Faktoren im Auge behalten werden. Was etwa ökologisch auf dem ersten Blick sinnvoll erscheint, kann ökonomisch verheerende Auswirkungen haben. Hohe Umweltauflagen im Baubereich führen etwa zu drastischen Steigerungen bei den Mieten. Dabei sind Ökologie und Ökonomie aber nicht prinzipiell Gegensätze: Auch volks- und betriebswirtschaftlich ist richtig umgesetzter Klimaschutz sinnvoll.
Aus diesem Grund möchte die CDU-Ratsfraktion im Rahmen einer Klimaoffensive ein beratendes Gremium einführen. Dieses soll mit unterschiedlichen Akteuren der Zivilgesellschaft und Wirtschaft besetzt sein und konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz entwickeln. In seinem Handeln soll das Gremium möglichst frei agieren, Schwerpunkte selber setzen, aber von der Verwaltung administrative und inhaltliche Unterstützung erfahren, insoweit dies gewünscht ist. In einem nächsten Schritt sollen die Ergebnisse den zuständigen Ratsgremien zugeleitet werden, um eine parteipolitische Einflussnahme im Vorfeld zu minimieren. Durch ein solches Gremium erhofft sich die CDU-Ratsfraktion konstruktive Impulse, die den Diskussions- und Entscheidungsprozess sinnvoll bereichern können.
Das geforderte beratende Gremium soll nicht wie das bestehende Kuratorium „Klimaschutzregion Hannover“ ausgestaltet sein, welches auf Regions- und Stadtebene angesiedelt und auch mit Mitgliedern der Regionsversammlung und des Rates der Landeshauptstadt besetzt ist. Das beratende Gremium soll eben nicht mit Vertretern der Politik besetzt sein, sondern soll davon unabhängig konkrete Maßnahmen für die Landeshauptstadt Hannover empfehlen.

Jens Seidel
Vorsitzender